

Senegal

Hochseilakt zwischen Demokratie und Volksaufstand

Am Sonntag den 25. März wurden die rund 5,3 Millionen registrierten Wähler in Senegal wieder an die Urnen gebeten. Wer die Mehrheit der Stimmen erhalten würde, konnte man bereits erahnen: Macky Sall, der Herausforderer, hatte die klar besseren Karten. Ob Abdoulaye Wade aber eine Wahlniederlage so einfach hinnehmen würde, blieb bis zuletzt ungewiss.

Ben Toussaint

Als Anspielung auf den Ausgang der ivoirischen Stichwahlen im Herbst 2010 wurde bei Demonstrationen in Senegals Hauptstadt Dakar auf riesengroßen Plakaten vor einer zweiten Elfenbeinküste gewarnt. Dort ignorierte der damalige Staatspräsident Hye Laurent Gbagbo die Verkündung seiner Wahlniederlage durch die unabhängige Wahlkommission, um sich vom Verfassungsrat trotzdem als Sieger erklären zu lassen. Die Folge waren ein riesiges innerpolitisches Chaos und bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Gbagbo und seinem Kontrahenten Alassane Ouattara.



Photo: flickr.com CC

► Der Wahlsieger und neue Präsident Senegals Macky Sall.

Ein ähnlicher Verlauf in Senegal wäre nicht nur tragisch gewesen, sondern zudem von einer gewissen Ironie geprägt, bedenkt man, dass Wade und der amtierende ivoirische Präsident Ouattara bekanntermaßen eng befreundet sind und Wade Laurent Gbagbo 2010 ausdrücklich gebeten hatte, seinen Posten zu verlassen, nachdem ihn sein Volk auf demokratischem Wege abgelehnt habe. Vielleicht war es diese zu offensichtliche Verlogenheit die Wade, im Volksmund genannt „Gorgui“, übersetzt „der Alte“, dazu bewegt hat, zu jedermann Erstaunen, noch bevor Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse, seinen Kontrahenten und früheren Mitstreiter Macky Sall persönlich anzurufen um ihm zu seinem Sieg zu gratulieren. Macky Sall gewann die Stichwahlen schlussendlich mit 65,8% der Stimmen deutlich.

Weckruf 23 Juni

Um zu verstehen, wieso die Befürchtungen vor einem unfreudigen Ausgang der Wahlen gar nicht so abwegig waren, lohnt sich ein Rückblick. Wade, dessen erster Wahlsieg im Jahr 2000 im ganzen Land noch einen riesigen Freudentaumel auslöste, wurde in der Zwischenzeit längst von Korruption, Klientelismus, Nepotismus und anhaltender Wirtschaftsflaute eingeholt. Die allgemeine Politikverdrossenheit erreichte in Senegal am 23 Juni 2011 einen neuen Höhepunkt.

An dem Tag reichte Abdoulaye Wade einen von zahlreichen Verfassungsreformvorschlägen ein. Tatsächlich ließ er in nur 10 Jahren ganze 17 Verfassungsänderungen vornehmen. Dieser

Reformvorschlag aber sollte ein besonderer sein: Die neue Verfassungsänderung sollte es ihm erlauben, sich doch noch einmal zur Wahl stellen zu können und das nachdem er selbst im Januar 2001 per Referendum die Amtszeit des Präsidenten auf maximal zwei Mandate von 5 Jahren begrenzen ließ (anstelle von unbegrenzt vielen Mandaten von 7 Jahren). Dabei hatte er nach seiner Wiederwahl 2007 noch laut verkündet, es handele sich auf jeden Fall um seine letzte Amtszeit, da er sich den Zugang zu einer dritten Amtszeit durch seine Verfassungsreform von 2001 ja selbst verbaut habe.

Aber damit nicht genug. Zusätzlich, sah die Reform vor, dass der Gewinner der ersten Wahlrunde nur 25 statt der üblichen 50% der Stimmen brauche um vorzeitig das Präsidententicket zu lösen. Auch sollte der Posten eines Vizepräsidenten erschaffen werden. Die Absichten, die Wade damit verfolgte, waren den vielen wachsamem Beobachtern nicht entgangen. Der „Alte“ hatte es sich in den Kopf gesetzt, seinen geliebten Sohn Karim Wade mit allen Mitteln an die Macht zu hieven. Das Problem dabei ist nur, die Senegalesen mögen Karim nicht: Er kann kein Wolof. Zwar ist laut Verfassung, Französisch die alleinige offizielle Amtssprache Senegals, der Präsident muss also des Wolof nicht zwangsläufig mächtig sein, de facto aber, ist Wolof unbestritten die Lingua Franca in Senegal. Sich auf einen Präsidenten einzulassen der kein Wolof kann, ist daher für die allermeisten Senegalesen undenkbar. Nach bereits einigen fehlgeschlagenen Versuchen dem senegalesischen Volk seinen Sohn aufzudrängen, versuchte er es

abermals. Die 25%-Schwelle würde ihm den Sieg sichern (Vermutung die sich am 26. Februar 2012 während der ersten Wahlrunde bestätigte), er würde seinen Sohn zum Vizepräsidenten nominieren, nach kurzer Zeit abdanken und seinen Job an den Vizepräsidenten übergeben.

Mit dieser viel zu durchschaubaren List hatte Wade den Bogen überspannt. Die senegalesische Politikverdrossenheit wandelte sich in Wut um und die Wut in Taten. Vor allem die vielen unzufriedenen jungen Senegalesen gingen am 23 Juni 2011 auf die Straße. Tausende demonstrierten in den Straßen Dakars und die Unruhen verbreiteten sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Das Ausmaß war so gewichtig, dass Wade sich gezwungen sah, den Reformantrag zurückzuziehen. Doch Wades Einsicht kam zu spät, die Büchse der Pandora war geöffnet. Nur vier Tage später gingen die jungen Senegalesen gleich wieder auf die Straße, diesmal um ihrem Unmut über die ständigen Stromausfälle freien Lauf zu lassen.

Aus den Demonstrationen des 23 Juni heraus bildete sich der M23, Kürzel für mouvement 23 juin. Die Bewegung bündelte die gesamte Opposition und große Teile der senegalesischen organisierten Zivilgesellschaft, aber auch Basisbewegungen wie „Y en a marre“. Ihr gemeinsames Bestreben bestand darin, Wade daran zu hindern, eine dritte Amtszeit anzutreten, die sie für verfassungswidrig hielten. „Y en a marre“, ein Zusammenschluss junger gebildeter Senegalesen, ist als Reaktion auf einen der unzähligen Stromausfälle in der Hauptstadt entstanden. Sie fordern einen „nouveau type de Sénégalais“, einen politisch aktiven Senegalesen, der sich persönlich für demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung engagiert. Sie riefen immer wieder zu friedlichen Demonstrationen auf und forderten beständig Wades Rücktritt. Mit ihrer aufopfernden Entschlossenheit zogen sie viele junge Leute in ihren Bann.



Photo: Ben Toussaint

► Ein Wahlplakat des amtierenden Präsidenten Wade in Dakar: „C'est lui qui rassure“.

Die fünf „Weisen“ und das Chaos

Trotz des starken politischen Gegenwinds, ließ sich Wade nicht davon abhalten, für ein drittes Mandat kandidieren zu wollen. Über die Rechtmäßigkeit seiner Kandidatur hatte nun der Verfassungsrat der „fünf Weisen“ zu entscheiden. Als dieser die Billigung von Wades Wahlkandidatur einen Monat vor der ersten Wahlrunde, am 27. Januar 2012 bekannt gab, löste er damit einen erneuten Eklat aus. Der M23 und seine Anhänger zeigten sich empört über diese Entscheidung, wenn auch nicht ganz überrascht; es war allgemein bekannt, dass die fünf „Weisen“ von Wade höchstpersönlich nominiert wurden. Sie rechtfertigten ihre Entscheidung mit dem haarspalterischen Argument, Wades erstes Mandat könnte bei der Auslegung der gegenwärtigen Verfassung - die zum Zeitpunkt jener Verkündung maximal zwei Mandate vorsah - nicht berücksichtigt werden, da er es unter der früheren Verfassung antrat, unter der die Anzahl von Mandaten noch nicht begrenzt war.

Es kam zu erneuten heftigen

Ausschreitungen: brennende Autoreifen blockierten die Hauptverkehrsadern von Dakars Innenstadt, Schaufenster lagen in Trümmern. Die internationale Staatengemeinschaft reagierte auf den Vorfall ebenfalls mit Kritik. Alain Jupé, der französische Außenminister, ließ verlauten: „Paris würde einen Generationenwechsel bevorzugen“.

Wahlkampf trotz allem

Vier Wochen vor dem Wahltermin hätte die Stimmung viel explosiver nicht sein können. Im ganzen Land kam es immer wieder zu mal mehr, mal weniger spontanen Ausschreitungen. Insgesamt gab es 6 Tote und ca. 150 Verletzte zu beklagen. Wades Kontrahenten, die sich am 27. Januar noch als große Einheit präsentierten, wandten sich, als ihnen klar wurde dass die Wahlen auf jeden Fall statt finden würden, dann doch wieder ihren eigenen Wahlkampagnen zu. Alle Energie darauf zu verwenden Wades Wahlantritt zu verhindern, schien plötzlich obsolet.

Der auf 85 Jahre geschätzte Wade

gab sich vor den Wahlen extrem sieges-sicher. Er war überzeugt die Wahlen gleich in der ersten Wahlrunde für sich entscheiden zu können. Seine Kontrahenten deuteten sein Selbstvertrauen als ein Indiz dafür, dass er massiv Wahl-fälschungen geplant haben musste. Am 26. Februar, dem Tag der Wahlen, stellte man sich auf vermehrte Unregelmäßigkeiten ein. Tatsächlich war die Stimmung am Wahltag selbst aber sehr entspannt. Dies bestätigte auch ein Luxemburger EU-Wahlbeobachter. Laut seiner Aussage „war die Stimmung im Wahlbüro relativ gelassen und die Wähler mussten kaum anstehen“. Dass Wade den ersten Wahldurchgang klar für sich entscheiden konnte, überraschte niemanden. Dafür erhielt er mit 34,81% der Stimmen jedoch einen unerwartet niedrigen Stimmenanteil. Von den 50% die er gebraucht hätte, um sich eine zweite Wahlrunde ersparen zu können, war er weit entfernt. Zweiter und damit Wade's Herausforderer bei den Stichwahlen wurde Macky Sall mit 26,6% der Stimmen.

Alle gegen einen

Während Wade bei der ersten Wahlrunde noch klarer Favorit war, ging er bei den Stichwahlen als Außenseiter ins Rennen. Wie sich zeigte, konnte Macky Sall auf massive Rückendeckung zählen. Alle die vorhin den M23 gebildet hatten, standen hinter ihm: die 12 anderen Kontrahenten der ersten Wahlrunde, die zivilgesellschaftlichen Gruppen, „Y en a marre“ und Youssur N'Dour ebenfalls. Damit standen Wades Chancen eine faire Wahl zu gewinnen, rein rechnerisch zumindest, sehr schlecht. Nur wenn sich die Wahlbeteiligung, die im ersten Durchgang bei nur etwa 49% der Wahlberechtigten lag, deutlich zu seinen Gunsten gesteigert hätte, wäre ein Sieg rechnerisch noch möglich gewesen. Auch die Stichwahlen liefen schließlich relativ entspannt ab und es kam zu keinen größeren Zwischenfällen. Es blieb also nur noch das

Ergebnis abzuwarten und vor allem Wades Reaktion darauf. Wissend wie verbissen sich Wade bis dahin an der Macht festgehalten hatte, war diese schwer einzuschätzen. Er zeigte sich in den letzten Tagen vor den Stichwahlen bei öffentlichen Auftritten sichtlich gereizt. Es wurde weithin befürchtet er würde, nach Gbagbos Vorbild, den von ihm kontrollierten Verfassungsrat abermals missbrauchen, um die Wahlen für verfassungswidrig zu erklären. Bei der Einräumung seiner Niederlage, die mit nur 32,4% der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 55%, eindeutig war, war die allgemeine Erleichterung jedenfalls deutlich spürbar.

Ende gut, alles gut?

Auf den ersten Blick deutet demnach alles auf ein klassisches Happy End hin. In erster Linie für Senegal, welches sich in den letzten Monaten auf einen schmalen Grad zwischen Demokratie und Volksaufstand begeben hatte,

aber auch für die arg krisengebeutelte Region, für die die friedliche Machtübergabe in Senegal ein Funken Hoffnung bedeuten könnte. Nach den politischen Debakel 2009 in Niger, 2010 in der Elfenbeinküste und erst vor ein paar Tagen in Mali, hätte ein zusätzliches Debakel in Senegal die westafrikanische Demokratiekrise noch einmal deutlich verschärft. Von einem Happy End kann bei Präsidentschaftswahlen aber wohl de facto nicht die Rede sein. Schwer vorstellbar, dass sich das senegalesische Volk ein Ende wünscht. Außerdem, hat sich für den Alltag der Senegalesen erst mal gar nichts geändert.

Senegal begann seine Unabhängigkeit unter relativ angenehmen Voraussetzungen, reich an Infrastruktur und Ressourcen, jedenfalls reicher als alle anderen westafrikanischen Staaten. Seit 1960 aber ist das Land extrem heruntergewirtschaftet worden, sowohl in den 12 Jahren in denen der Parti Démocratique Sénégalais (PDS), angeführt von Wade, an der Spitze des Landes war, als auch



Photo: Ben Toussaint

► Der Präsidentenpalast wurde seit 2000 von Abdoulaye Wade bewohnt, bis er 2012 demokratisch abgewählt wurde und seinen Platz für Nachfolger Macky Sall räumte.

während der vierzigjährigen Vorherrschaft der Union Progressiste Sénégalaise, die seit Senegals Unabhängigkeit von Frankreich, am Ruder war (Léopold Sédar Senghor von 1960 bis 1980; Abdou Diouf von 1980 bis 2000).

Systemische Defizite verbleiben

Bis heute bleibt ein großer Teil von Senegals wirtschaftlichem Potential unerschlossen. Besonders ins Auge sticht dies bei der Nahrungsmittelindustrie. Die lokale Bevölkerung leidet unter dem stark exportabhängigen Nahrungsmittelmarkt. Spätestens seit der Weltnahrungsmittelkrise 2008 wurde die Nahrungssituation vieler senegalesischer Haushalte untragbar. 50 Kilo importierter Reis kostet 14.000 Franc CFA (21 Euro), bei einem durchschnittlichen Mindestlohn von 40.000 Franc CFA. Obwohl die Reisproduktionsmöglichkeiten im Land nicht erschöpft sind, importiert das Land vier Fünftel seines Reisbedarfes. Die Schuld dafür schob der PDS mit Vorliebe auf die fremden Mächte, allen voran Frankreich. Tatsächlich ist der Privatsektor fest in französischer Hand: Bolloré, Bouygues, Total, France Télécom, BNP Paribas, Air France und Co kontrollieren den Markt und die Koppelung des Franc CFA an den Euro erlauben es zwar den Großkonzernen ihr Vermögen ohne Verluste zu transferieren, verringert die Kaufkraft der senegalesischen Bevölkerung dafür erheblich. Trotzdem, wer die Schuld an der Wirtschaftsflaute den Franzosen in die Schuhe schiebt, erzählt bestenfalls die halbe Wahrheit; auch den vermögenden Senegalesen kommt die Koppelung des Franc CFA an den Euro zugute. Zudem wird es in Senegal schon fast als normal angesehen, dass sich die Politiker neben ihrem offiziellen Gehalt vor allem mit „privaten Spenden“ von häufig ausländischen Geschäftspartnern finanzieren.

Macky Sall erbt von Wade ein durch und durch korruptes, klientelistisches politisches System, in dem Legislative,

Exekutive und Judikative nahezu eins sind. Wade übertraf seine Vorgänger sogar noch in der extremen Personifizierung der Macht. Der Staatsapparat wurde zu einer bloßen Hülle, die nur noch von Wade und seinem Klan getragen wurde. In den Reihen des PDS tummelten sich gegen Ende mehrheitlich reine Opportunisten. Neben dem wirtschaftlichen, wird Sall auch dieses politische Loch erst mal füllen müssen. Eine starke Partei im Rückhalt hat aber auch er nicht.

Eine Chance für Senegal könnte die starke Mobilisierung der Zivilgesellschaft sein, die sich in der Kampagne gegen Wade auf beeindruckende Art und Weise in Szene gesetzt hat.

Sein Kampagnenprogramm war relativ einfach und undetailliert und richtete sich hauptsächlich gegen Wades Regierungssystem, das er selbst gut kannte, da er unter Wade mehrere Ministerposten belegte, bevor er 2008 in „Ungnade“ fiel.

Demokratiemodell, aber noch keine Modelldemokratie

Vor der Presse hat Sall nach seinem Sieg angekündigt, er wolle die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, den Zugang zu Sozialdienstleistungen verbessern und versprach mehr Demokratie. Die politischen Institutionen sollen grundenerneuert werden. Die Mandatsdauer will er wieder von 7 auf 5 Jahre runtersetzen, aber das hat Wade zu Beginn seiner Regentschaft auch gemacht.

Die Senegalesen glauben an ihre „exception nationale“. Wades freiwillige, oder doch eher „freiwillig erzwungene“ Machtübergabe erlaubt es nun sogar, trotz allem, den Mythos der gerne zitierten Musterdemokratie Westafrikas mit dem ältesten Mehrparteiensystem des ganzen Kontinents und des ersten friedlichen Machtwechsels südlich der Sahara (2000) aufrecht zu erhalten. Für

eine substantielle Demokratie reichen aber relativ faire Wahlen und eine relativ ausgeprägte Pressefreiheit allein nicht aus. Ismaël Madior Fall, senegalesischer Professor für Verfassungsrecht, drückt es folgendermaßen aus: „Senegal ist ein Demokratiemodell, aber keine Modelldemokratie. Diese Wahlen haben es ermöglicht, die Errungenschaften der senegalesischen demokratischen Tradition zu stärken. Zu erzielen bleibt aber immer noch eine substantielle Demokratie.“

Eine Chance für Senegal könnte die starke Mobilisierung der Zivilgesellschaft sein, die sich in der Kampagne gegen Wade auf beeindruckende Art und Weise in Szene gesetzt hat. Sie darf nun auf keinen Fall abflauen, sondern muss sich aktiv am Aufbau neuer dringend benötigter Strukturen beteiligen. Das Kollektiv „Y en a marre“ kündigte bereits an: „Wir haben in erster Linie dazu aufgerufen Wade nicht zu wählen; stattdessen Sall zu wählen war nur die implizite Konsequenz davon. Wir bleiben wachsam und achten darauf, dass er seinen Verpflichtungen als Staatschef nachkommt“. Sie machen somit deutlich, dass sie ihn nicht unbeaufsichtigt schalten und walten lassen wollen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Einstellung seine Früchte trägt und die senegalesische Demokratie in Zukunft auch endlich mal mit Inhalt gefüllt werden kann. ■

Ben Toussaint bereiste Senegal während des Wahlkampfes.